

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (0228) 219038/39  
Telex: 0686846 pbbn d

## Inhalt

Annemarie Renger MdB,  
Vizepräsidentin des Deut-  
schen Bundestages, ruft  
die Supermächte auf, ih-  
ren Genfer Verhandlungs-  
spielraum voll auszu-  
schöpfen. Seite 1

Liesel Hartenstein MdB,  
Umweltpolitische Sprech-  
erin des Innenausschusses  
im Bundestag, sieht durch  
das Waldsterben eine na-  
tionale Katastrophe auf  
uns zurollen. Seite 3

Koßrad Gilges MdB nennt  
die steigenden Selbstmord-  
ziffern unter den Jugend-  
lichen eine Anklage gegen  
unsere Gesellschaft. Seite 5

Hermann Scheer MdB, Obmann  
der Arbeitsgruppe Abrü-  
stung und Rüstungskontrol-  
le der SPD-Bundestagsfrak-  
tion, wirft der Bundesre-  
gierung vor, eine Anti-  
NATO-Stimmung herbeizu-  
reden. Seite 7

38. Jahrgang / 196

12. Oktober 1983

Den Verhandlungsspielraum ausschöpfen

-----  
Deutsch-amerikanische Begegnungen verhindern Irritationen

Von Annemarie Renger MdB  
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Die Delegationsreise der Abgeordneten des Deutschen Bundes-  
tages in die Vereinigten Staaten anlässlich der 300-Jahr-  
feier der deutschen Einwanderung war ein Akt der freund-  
schaftlichen Verbundenheit und der gegenseitigen Informa-  
tion. Gerade in politisch brisanten Zeiten ist es von  
größter Wichtigkeit, daß sich die Abgeordneten der beiden  
Häuser des Kongresses und des Deutschen Bundestages in Of-  
fenheit begegnen, um gar nicht erst Irritationen über die  
jeweiligen politischen Motive aufkommen zu lassen. So  
spielte natürlich in den Gesprächen mit Senatoren, Abgeord-  
neten, Ministern und der Administration sowie mit amerikani-  
schen Journalisten die Diskussion über die mögliche Auf-  
stellung der Pershing II und der Cruise Missiles in der  
Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Rolle, wobei die  
unterschiedlichen Meinungen zwischen den Regierungsparteien  
und der sozialdemokratischen Opposition zur Geltung kamen.

Nach kurzem Aufenthalt in den USA begreift man, daß für  
die Amerikaner und die amtliche amerikanische Außenpolitik  
die Bundesrepublik Deutschland nur ein Teilproblem einer  
globalen Politik ist. Für viele deutsche Besucher ist das  
vor allem deshalb eine Ernüchterung, weil sich die Bundes-  
republik in einer einzigartigen Situation befindet. Für kein  
anderes Land besteht eine so exponierte Situation wie für  
das geteilte Land an der Nahtstelle der Blöcke.

Der Bundespräsident wies auf diese Besonderheit hin, ohne  
sich in die aktuelle politische Diskussion in der Bundes-  
republik einzumischen. Schließlich hatte der Bundesaußen-  
minister in den Vereinten Nationen gerade den Regierungs-



standpunkt in dieser Frage dargelegt. Ohne Umschweife verkündete der amerikanische Präsident in seiner Begrüßungsansprache des Bundespräsidenten:

"Bis heute ist die Sowjetunion nicht bereit gewesen, ein faires und verifizierbares Rüstungskontrollabkommen mit uns auszuhandeln. Damit wir uns nicht mißverstehen: Ein Abkommen wäre für alle Beteiligten weitaus besser. Wir streben die Beseitigung dieser Waffen an und werden uns weiterhin unermüdlich um die Erzielung eines annehmbaren Abkommens bemühen. Falls die Sowjetunion jedoch bei ihrer unnachgiebigen Haltung bleibt, müssen wir mit der Aufstellung beginnen und die Abschreckung der NATO sicherstellen."

Es mag sein, daß die USA den Eindruck gewonnen haben, von den Sowjets bei den Genfer Mittelstreckenraketenverhandlungen keine besonderen Signale mehr erwarten zu können und daß deshalb in Europa das strategische Gleichgewicht durch die Nachrüstung des Westens wiederhergestellt werden müsse.

In der deutschen Delegation gab es keine Meinungsverschiedenheit über die Zugehörigkeit zur NATO, über eine notwendige Sicherheitspolitik und die Tatsache, daß der Doppelbeschluß die derzeitigen Verhandlungen überhaupt erst möglich gemacht hat. Die Auffassungen gingen aber darüber auseinander, ob jetzt der Zeitpunkt für den Vollzug der Nachrüstung gekommen sei.

Nach meiner Überzeugung liegt es im Interesse Europas und der Supermächte gleichermaßen, unter die Verhandlungen noch keinen - wenn auch nur vorübergehenden - Schlußstrich zu ziehen. Weder sind die sowjetischen noch die letzten Vorschläge Präsident Reagans ausgelotet. Vor allen Dingen sollte aber der Westen in dieser existentiellen Frage keine Möglichkeit der ausgiebigen Prüfung auslassen, damit nicht eine neue Legende wie bei der sogenannten sowjetischen Friedensnote von 1952 entsteht, in der Stalin verbal die Wiedervereinigung und nachträglich auch freie Wahlen anbot, ohne daß die Probe auf das Exempel gemacht wurde.

In dieser Situation ist es vor allem die Aufgabe der Bundesregierung, bei den zwei Supermächten ihren Einfluß geltend zu machen und der Argumentation den nötigen Nachdruck zu verleihen, damit der Verhandlungsspielraum ausgeschöpft und nicht schon jetzt durch den Beginn der Stationierung die Entscheidung darüber vorweggenommen wird.

Für die Sozialdemokraten muß es dabei bleiben, aufgrund der sorgfältigen Prüfung des Verhandlungsstandes im November ihr fundiertes Votum abzugeben.

(-/12.10.1983/ks/hgs)

+ + +



Der schwerkranke Wald braucht sofort Hilfe

Wir treiben einem nationalen Notstand entgegen

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Umweltpolitische Sprecherin im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

Die Bereisung des Innenausschusses sowie anderer Ausschüsse in Bayern und Baden-Württemberg zum Thema Waldsterben hat Erschreckendes zu Tage gebracht:

- Binnen Jahresfrist haben sich die Schäden vervielfacht, mindestens 25 Prozent unserer Wälder sind krank. In Baden-Württemberg galten noch vor drei Jahren nur zehn Prozent der Wälder als geschädigt, heute sind es bereits 50 Prozent.
- Die Krankheit breitet sich überall mit der gleichen rasenden Schnelligkeit aus, im Fichtelgebirge und Bayerischen Wald ebenso wie im Schwarzwald, und zwar unabhängig vom Standort, also von Bodenbeschaffenheit und Klima.
- Es sind nicht mehr nur einzelne Baumarten betroffen, zum Beispiel Tanne und Fichte, sondern auch Laubbäume; bei den Buchen beginnt der Blattabfall schon im Juni.
- Der Schadholzanfall hat sich innerhalb von zwei Jahren zum Teil um das Zehnfache gesteigert.
- Die in ihrer Widerstandskraft geschwächten Bäume werden von sogenannten Sekundärschädlingen wie Borkenkäfer und Pilzen befallen, die das Zerstörungswerk beschleunigen.
- Der Wald ist als Gesamtorganismus in akuter Lebensgefahr; auch Sträucher, Gräser und Blütenpflanzen, die Bodenflora und die Tierwelt sind in Mitleidenschaft gezogen.

Im Schwarzwald ist praktisch keine gesunde Tanne mehr anzutreffen, auf den Beobachtungsflächen sind bereits 75 Prozent der Fichten erkrankt, zwei Prozent bereits abgestorben. Die ökonomischen Verluste bewegen sich in Milliardenhöhe; dabei sind die Zuwachsverluste, die mittlerweile zwischen 30 und 50 Prozent betragen, noch nicht berücksichtigt.

Die ökologischen Schäden - Veränderung des Wasserhaushalts, des Klimas, der Bodenqualität - sind überhaupt nicht abmessbar. Allein in Baden-Württemberg sind 32 Prozent der Waldfläche Wasserschutzgebiet.



Keine Frage, wenn es nicht gelingt, die anrollende Katastrophe zu stoppen, treiben wir einem nationalen Notstand entgegen. Angesichts dieser traurigen Waldbilanz 1983 sind außergewöhnliche Schritte zwingend notwendig. Die Dramatik der Entwicklung läßt keine langen Kompromißfindungen mehr zu.

Es ist daher dringend geboten, das von der SPD-Bundestagsfraktion eingebrachte "Notprogramm gegen das Waldsterben" unverzüglich zu verabschieden und umzusetzen. Als besonders vordringliche Maßnahmen müssen gelten:

- 1/ Die rasche Verwirklichung eines Katalogs von Sofortmaßnahmen mit Herabsetzung der Grenzwerte in der Großfeuerungsanlagen-Verordnung und der TA Luft.
- 2/ Die Ausdehnung des Geltungsbereichs auf Anlagen unter 50 Megawatt bis zu zehn Megawatt.
- 3/ Die Verkürzung der Übergangsfristen auf fünf Jahre statt bisher zehn Jahre.
- 4/ Die rasche Abgasentgiftung der Kraftfahrzeuge und die Einführung bleifreien Benzins ab 1. Januar 1985.
- 5/ Die Berufung einer Krisenkommission mit Vertretern aus Bund, Ländern und Gemeinden sowie der Wirtschaft, die in kürzester Frist einen Umrüstungsplan zur Altanlagen-sanierung auf den Tisch legt.
- 6/ Die Erarbeitung eines mittelfristigen Stufenprogramms zur konsequenten Energieeinsparung und Umstellung der Energieproduktion auf umweltfreundliche Erzeugung und dezentrale Energieversorgung.

Der Wald ist ein tragendes Fundament für das Leben in unserem Land. Wenn er stirbt, sind auch Gesundheit und Existenz der Menschen bedroht. Deshalb muß die Zeit des bloßen Diskutierens zu Ende sein, Taten sind geboten. (-/12.10.1983/ks/hgs)

+ + +



## Jugendliche Selbstmörder klagen an

Die Verantwortung der Gesellschaft für verzweifelte Jugendliche darf nicht verschleiert werden

Von Konrad Gilges MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt ist die Kinder- und Selbstmordrate in der Bundesrepublik erschreckend angestiegen. Mehr als 1.700 mal jährlich begehen nach jüngsten Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes Kinder in der Bundesrepublik Selbstmord. Was hinter kalter Statistik zum Vorschein kommt, ist eine Anklage gegen unsere Gesellschaft. Wenn überhaupt die Öffentlichkeit von dieser Entwicklung Notiz nimmt, dann in einer sensationellen Aufmachung. Etwa in dem Stil "Wenn eine junge Seele um Hilfe schreit", werden persönliche und familiäre Umstände eines jungen Selbstmörders zerpfückt: "Ein attraktives Äußeres, sympathische Eltern, mit denen sie als einziges Kind in einem schönen Haus am Stadtrand von München wohnte. Das Mädchen starb mit 15. Verzweifelt, allein gelassen mit ihren Problemen, nahm sie sich an einem Sommersonntag das Leben." So oder so ähnlich klingen dann die Berichte. Sie alle pflegen das Vorurteil, daß die Gründe zum Selbstmord alleine im persönlichen Umfeld des Betroffenen zu suchen sind. Die gesamtgesellschaftliche Verantwortung bleibt ausgeklammert. Und konservative Politiker sind dann schnell mit billigen Rezepten zur Stelle. Wer aber meint, die zunehmende Selbstmordrate unter Kindern und Jugendlichen sei nur durch eine Wiederherstellung "der Familie als Solidargemeinschaft und Bindeglied zwischen den Generationen" zu senken, verschleiern die Verantwortung des Staates, die er hier hat.

Die Weltgesundheitsorganisation stellt zu recht fest, daß zwischen der steigenden Zahl von Selbstmorden und Arbeitslosigkeit ein Zusammenhang besteht. Grundschulkindern ist heute schon ihre Situation bewußt, daß sie nach Verlassen der Schule um die Lehrstelle oder den Studienplatz zu kämpfen haben. Der Medikamentenmißbrauch in diesem Alter hat hier einen seiner Gründe. Des weiteren sind Vereinsamung in einer zubetonierten Umwelt, unerfüllbare Leistungsanforderungen durch die eigenen Eltern, verminderte Möglichkeiten, Konflikte solidarisch auszutragen, weitere Gründe für die steigende Selbstmordrate unter Kindern. "Wir haben viel zu viele traurige Kinder", meint der Mannheimer Psychiater Stober. Untersuchungen haben zudem festgestellt, daß insbesondere sogenannte "ungewünschte Kinder", die früh eine Außenseiterrolle in unserer Gesellschaft einnehmen, stark selbstmordgefährdet sind. Vorbeugende Maßnahmen scheitern zumeist am Fehlen besonders ausgebildeter Personen, seien es Psychiater, Erzieher oder Lehrer. Andeutungen



Über Selbstmordabsichten werden überhaupt nicht erkannt. Kinder- und Jugendpsychiater sind in Krankenhäusern, in denen ein vor dem Selbstmord gerettetes Kind eingeliefert worden ist, nur selten anzutreffen.

Selbstmordversuche von Kindern und Jugendlichen werden zudem vielfach nicht erkannt. So stellte eine regionale Studie der Deutschen Forschungsgemeinschaft fest, daß 3,1 Prozent von Vergiftungsfällen unter Kindern tatsächlich Selbstmordversuche gewesen seien. Nach Berechnungen des Direktors der Würzburger Universitätsklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Professor Gerhard Niessen, ist die Selbstmordhäufigkeit bei Kindern von zehn bis 15 Jahren zwischen 1971 und 1981 gegenüber dem vergangenen Jahrzehnt alleine um 23 Prozent gewachsen. In der Rangfolge der Todesursachen steht der Selbstmord unter Jugendlichen - nach den Unfällen - schon an zweiter Stelle.

Ein besonders erschreckendes Beispiel für die mangelnde Verantwortung des Staates ist die zunehmende Selbstmordrate von Jugendlichen in unseren Gefängnissen. So stellte sich zum Beispiel in einer Ausschußsitzung des niedersächsischen Landtages heraus, daß in den Vollzugsanstalten ständig eine beachtliche Zahl von Kindern zwischen 14 und 15 Jahren für oftmals längere Zeit in Untersuchungshaft sitzen. Nach Zeitungsberichten waren es in Niedersachsen 1982 alleine 38 jugendliche Gefangene, darunter vier Mädchen. Weit mehr als die Hälfte dieser Tatverdächtigen wurde länger als einen Monat festgehalten, davon drei zwischen 140 und 179 Tagen, weitere drei zwischen 180 und 249 Tagen und ein Gefangener schließlich mehr als drei Monate. In anderen Gefängnissen der Bundesrepublik sieht es sicherlich nicht anders aus. Und alle diese erschreckenden Tatsachen wurden erst dadurch bekannt, daß ein 14jähriger Gefangener Selbstmord verübt hatte.

Die Forderung an den Staat zum Handeln, kann nicht mit der Kampfformel einiger CDU/CSU-Politiker abgetan werden, die geforderten Initiativen seien eine "staatlich pädagogische Fremdherrschaft nach sozialistischem Modell". Es ist vielmehr das Bemühen, die Würde des Menschen, gerade die der Kinder und Jugendlichen, wirklich ernst zu nehmen.

(-/12.10.1983/ks/hgs)

+ + +



Regierung redet Anti-NATO-Stimmung herbei  
-----

Billige Parteitaktik der Rechtskoalition arbeitet Moskau in die Hände

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bundesregierung ist dabei, im Ausland das Bild zu erzeugen, als sei die Mehrheit der Bundesbürger auf dem Wegmarsch aus der NATO. Und wegen billiger parteitaktischer Vorteile in der innenpolitischen Auseinandersetzung um die Raketenstationierung ist die Bundesregierung dabei, eine breiter werdende Anti-NATO-Stimmung zu erzeugen.

Alle Umfragen zeigen: Etwa 70 Prozent der Bürger der Bundesrepublik sind gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen; und etwa 90 Prozent sind für die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO. Eine überwältigende Mehrheit sieht die Lage also ebenso an wie die SPD: Die Ablehnung der Raketenstationierung steht nicht im Widerspruch zur NATO-Mitgliedschaft; der Wille zur NATO-Mitgliedschaft bedeutet keine automatische Zustimmung zur Raketenstationierung.

Indem aber die Bundesregierung - allen voran Außenminister Genscher - die Ablehnung der Raketenstationierung durch die SPD-Landesparteitagsbeschlüsse als Beleg für die Abkehr von der NATO hinstellt, benutzt sie eine haltlose Gleichung. Mit dieser erzeugt sie vor allem im westlichen Ausland einen verhängnisvollen falschen Eindruck: Nahezu überall im westlichen Ausland wird einem heute die besorgte Frage gestellt, wie fest die Bundesrepublik noch zur NATO-Mitgliedschaft stehe. Und in der deutschen Innenpolitik wird durch die Unterstellung der Bundesregierung, die Ablehnung der Raketenstationierung bedeute eine Ablehnung der NATO insgesamt, die Ausbreitung einer Anti-NATO-Stimmung geradezu gefördert. Denn je mehr die Bundesregierung die Ablehnung der Raketenstationierung mit einer Ablehnung der NATO gleichsetzt, desto mehr müssen sich fast zwangsläufig im allgemeinen Bewußtsein die Vorbehalte einer kleinen Minderheit gegen die NATO ausbreiten.

Das Verhalten der Bundesregierung ist damit staatspolitisch vollkommen verantwortungslos. Statt unseren Bündnispartnern zu erklären, daß die Sorgen der Mehrheit der Bundesbürger gegenüber der Raketenstationierung nicht im Widerspruch zur Befürwortung der NATO-Mitgliedschaft stehen, konstruiert sie diesen Widerspruch. Statt wenigstens im Ausland zu verdeutlichen, daß die Sorgen der Bürger vor der Raketenauflistung keine Position gegen die NATO ist, diffamiert sie die Sorgen einer Mehrheit der Bundesbürger und erzeugt damit ein Phantom-Gebilde unsicherer deutscher Kantonalisten. Statt auch in der Innenpolitik zwischen NATO-Mitgliedschaft und Raketenablehnung zu unterscheiden, redet die Bundesregierung durch ihre verunglimpfende Gleichung die Ausbreitung einer Anti-NATO-Stimmung geradezu herbei.

Eine bessere "fünfte Kolonne", als es die Bundesregierung in ihrer fahrlässigen und vordergründigen innenpolitisch motivierten Taktik indirekt darstellt, kann sich Moskau nicht wünschen. Indem die SPD demgegenüber deutlich macht, daß NATO-Mitgliedschaft und Ablehnung der Raketenstationierung kein Widerspruch sind, leistet sie damit im Gegensatz zur Bundesregierung den staatspolitisch vernünftigen und notwendigen Beitrag: Alles zu versuchen, daß aus dem Protest gegen die Raketen kein grundsätzlicher Protest gegen die NATO wird.

